

# „Wen kümmert das Leben eines Migranten, vor allem das eines Asylsuchenden?“<sup>1</sup>

Rückblick auf zwei Monate Widerstand am Sendlinger Tor in München jenseits der Willkommenskultur. Vom Autoren- und Autorinnenkollektiv S.I.L.A.

Dieser Text wurde von einer Gruppe von Menschen aus München geschrieben, die seit mehreren Jahren in selbstorganisierte Proteste von Geflüchteten involviert sind. Die meisten von uns sind deutsche Staatsbürger und Staatsbürgerinnen. Damit sehen wir uns nicht als das primäre politische Subjekt der Proteste. In der Vergangenheit hat dies bedeutet, dass wir uns in die öffentliche Debatte nicht eingeschaltet haben. Damit war es deutlich weniger involvierten Instanzen möglich, die Ereignisse zu deuten. Auch wenn die Perspektive der Geflüchteten für uns nach wie vor die wichtigere ist, sehen wir uns auch selbst in der Verantwortung, zur Gewalt und Ignoranz der deutschen Gesellschaft Stellung zu beziehen. Der Text wurde mit Geflüchteten von den Sendlinger-Tor-Protesten diskutiert.

Ein neues Kapitel Protestgeschichte wurde geschrieben. Beim Erzählen dieser Geschichte ist die Frage: Wo soll der Anfangspunkt gesetzt werden? Am 07.09.2016, als etwa 200 Geflüchtete durch die Münchner Innenstadt zogen und anschließend ein Protestcamp starteten? Bei dem Non-Citizen-Treffen<sup>2</sup> am Tag zuvor? Oder im August, als verschiedenen Generationen von Refugee-Aktivistinnen und Aktivistinnen in den Lagern in Oberbayern zur Mobilisierung an Türen klopfen? Während es nicht einfach ist, den Anfangspunkt zu benennen, ist klar an welchem Ort

Geschichte gemacht wurde. So wie der Rindermarkt hat sich der Sendlinger-Tor-Platz in den Stadtplan des Widerstands eingeschrieben. Dort protestierten Geflüchtete von „Refugee Struggle for Freedom“ über mehrere Wochen hinweg. Es begann zunächst mit einem Protestcamp, dann folgte ein Protestmarsch von dort aus und später ein Hungerstreik. Die Forderung: Bleiberecht.

„Alle unsere Forderungen gehen in der Forderung nach Bleiberecht auf. Wir fordern das Recht auf Arbeit, Bildung und freie Wahl des Wohnortes. All dies sind staatsbürgerliche Rechte – daher ist unsere Hauptforderung Bleiberecht.“ Mit dem Protest ging es nicht um ein Zeichen. Die Non-Citizens führten einen existentiellen Kampf um ihr eigenes Leben:

*„Der Hungerstreik begann, denn wir versuchten uns zu verteidigen, als die Politiker\_innen unserer Herkunftsländer sich nicht um unsere Leben kümmerten und als die Politiker\_innen von Deutschland sich nicht für unsere Leben interessierten. Das Ergebnis davon; alle konnten es sehen – kein Dialog, kein Respekt, keine Menschlichkeit, dafür aber eine Räumung.“*





Vorläufiges Ende nach zwei Monaten:  
Die Räumung des Hungerstreiks

Lasst uns mit der Geschichte der Räumung des Protestes beginnen. „Wen kümmert das Leben eines Migranten, vor allem das eines Asylsuchenden?“ So fragte ‚Refugee Struggle for Freedom‘ am 04.11.2016 in Gedenken an einen ermordeten Freund, um im gleichen Zuge den Beginn ihres Durststreikes anzukündigen. Hinter ihnen lagen bereits fünf Tage Hungerstreik und zwei Monate Protest am Sendlinger Tor. Vor ihnen lag das gewalttätige Ende ihres Protests.

Am Nachmittag desselben Tages wurde das Protestcamp von hunderten Polizisten und Polizistinnen umstellt. Polizeiwagen säumten die Lindwurmstraße fast bis zum Goetheplatz. Von der Polizei eingekesselt, verließen die Hungerstreikenden zu Fuß den Sendlinger-Tor-Platz. Immer wieder fielen geschwächte Menschen zu Boden. Das Unterstützungskommando<sup>3</sup> gab einen schnellen Schritt vor und drängte die letzten Reihen.

Einigen Protestierenden gelang es trotz des enormen Polizeiaufgebots, auf einen der gegenüberliegenden Bäume zu klettern. Kurz darauf wurde auch der benachbarte Baum besetzt. Die Geflüchteten forderten, mit Verantwortlichen der Stadt München zu sprechen. Um 23:30 Uhr wurden schließlich auch die besetzten Bäume von der Polizei weiträumig abgeriegelt. Einige Unterstützer und Unterstützerinnen hatten sich zum Schutz um die Bäume gestellt. Weitere solidarische Menschen und viele Schaulustige sammelten sich an den Absperrgittern. Während ein Kontaktbeamter die Protestierenden unter Druck setzte, sich von den Bäumen zu bewegen, machte sich die Sondereinsatzkräfte bereit. Sprungkissen wurden aufgestellt, Heuballen unter die Bäume gerollt, Umzugskartons positioniert und eine Hebebühne aufgeföhren. Einige der Protestierenden wurden mit Tritten, Schmerzgriffen und Schlägen ins Gesicht von den Bäumen befördert und verhaftet. Erst zwei Tage später wurde die letzte inhaftierte Person aus der Polizeiwache entlassen.

Flashback, Déjà-vu:  
Non-Citizen Proteste in München

In den letzten Jahren fanden viele Hungerstreiks in München statt. Am Sendlinger-Tor-Platz im November 2014, zuvor am Rindermarkt im Juni 2013 und im Herbst 2013 vor dem Sozialministerium. Die Autoritäten wollten ihre Lehren daraus ziehen. Während des gesamten Protests am Sendlinger Tor versuchte das Kreisverwaltungsreferat mit aller Kraft einen „campartigen Charakter“ zu unterbinden. Zu frisch war noch die Erinnerung an die Zeltstadt während des

Rindermarkt-Protestes 2013. So wurde anfangs aus jeder Palette und Zeltwand ein Kampf um die Interpretation des Auflagenscheides. Bei dem Hungerstreik am Rindermarkt streute die Politik das Gerücht, dass die Aktivistinnen und Aktivistinnen nicht verhandlungsbereit seien und ihr Protest auf Erpressung ausgerichtet sei. Wie heuchlerisch diese Haltung ist, hat sich am Sendlinger Tor deutlich gezeigt. Tatsächlich hatten sich selbstorganisierte

Proteste selten so offen und gesprächsbereit gezeigt. Es wurden mehrmals Einladungen und Gesprächsangebote an politische Akteure und Institutionen sowie zivilgesellschaftliche Gruppen ausgesprochen. Es wurden alle Auflagen des KVR erfüllt und Parteibüros wurden besucht. Doch die Politik ignorierte den Protest hartnäckig.

Reaktionen der Politik:  
Schweigen und Ignoranz

Die Strategie von Stadt und Freistaat zeichnete sich schnell ab. Obwohl OB Reiter im November 2014 am dritten Tag zum Protest gekommen war und sich am Ende des Hungerstreikes um ein glimpfliches Ende der anschließenden Baumbesetzung bemüht hatte, gab es keine weitere Reaktion aus dem Rathaus. Zwei Monate Protest im Stadtzentrum ohne ein Statement aus dem Bürgermeisterbüro oder der Staatsregierung. Außer für die grüne Stadtratsfraktion schien der Sendlinger-Tor-Platz eine No-Go-Area für Politiker und Politikerinnen zu sein.

Dass die Regierenden den Protest durchaus verfolgten, zeigte sich nach den Ereignissen in Bautzen. Mitte September war ein Angriff auf eine Gruppe von geflüchteten Jugendlichen Auslöser für eine große

## Zu frisch war noch die Erinnerung an die Zeltstadt während des Rindermarkt-Protestes 2013

anti-faschistische Mobilisierung. In einem Solidaritäts-Statement an die Geflüchteten erklärten die Münchner Protestierenden:

*„Wir haben großen Respekt für euren Mut und Widerstand dort in Bautzen. Bleibt stark! Ihr seid nicht alleine – euer Kampf ist auch unser Kampf. (...) Wir laden euch ein, nach München zu kommen und unsere Kämpfe gegen Rassismus zu vereinen.“*

Prompt folgte die Reaktion der CSU: Dies sei ein Aufruf zum Krawall und zeige, dass die Protestierenden auf Konfrontation statt auf Dialog setzen würden. Dass die CSU damit Betroffene von rassistischer Gewalt zu ‚Krawallmachern‘ machte, entlarvt einmal mehr, wie tief im rechten Wähler- und Wählerinnenpool derzeit gefischt wird.

Die einzigen Repräsentanten und Repräsentantinnen des Staates, mit denen die Protestierenden Kontakt hatten, war die Polizei. Auf der Demonstration gegen das Integrationsgesetz wurde der Non-Citizen-Block von der Polizei angegriffen und schikaniert. Bei der Räumung wurden etwa 60 Hungerstreikende von 600 Polizisten und Polizistinnen eingekesselt. Es macht keinen Unterschied, welche Protestform gewählt wird und wie offen sich die Non-Citizens zeigen. Es geht allein darum, dass die Politik über ihre Leben entscheiden will.

### Sorge um Leib und Leben der Protestierenden?

Nach wochenlangem Schweigen war die offizielle Begründung zur Räumung des Hungerstreikes dreist und zynisch: Das Leben der Beteiligten wäre in Gefahr. Das KVR ließ auf Nachfrage nach Schlafplätzen verlauten, dass die Hungerstreikenden mit dem Zug zurück in ihre Unterkünfte fahren könnten. Dabei wäre die Rückfahrt ohne medizinischen Versorgung für viele durchaus gefährlich gewesen.

Mit dem Verweis auf das Leben von Geflüchteten wird ein Hungerstreik gewaltsam beendet. Gleichzeitig wird von der Politik erklärt, dass die Lage in Afghanistan sicher sei und Abschiebungen dorthin durchzuführen seien. Innerhalb der eigenen Palastwände will der deutsche Staat nichts Unschönes dulden. Egal ist, welche Lebensumstände die Menschen in den Lagern und Abschiebege-

fängnissen in den Suizid treiben oder was den Menschen nach ihrer Abschiebung passiert. Es geht natürlich nicht nur um Afghanistan. Viele Staaten wurden und werden bald willkürlich zu „sicheren Herkunftsländern“ deklariert.

Es scheint, als wäre die Post-Willkommenskultur-Zeit angebrochen, inklusive Asylpaketen, rassistischen Mobilisierungen und Massenabschiebungen. Beim genaueren Hinsehen zeigt sich aber, dass der Willkommenskultur-Hype von Anfang an auf brutalen Ausschlüssen gegründet war: Im Mainstream galt „Refugees Welcome“ noch nie für alle. In diesen Zeiten ist die Forderung nach Bleiberecht für alle widerständig und radikal.

### Medien und Gesellschaft im Kaltland

Die St. Matthäus-Kirche in unmittelbarer Nachbarschaft zum Camp wurde in der ersten Woche des Protests besucht. Die Pfarrer winkten ab, sie dürften sich keinesfalls politisch positionieren. Wie Parteien und Kirche hielten sich auch die Gewerkschaften lange zurück. Refugee-Proteste waren ein zu heißes Eisen. An diesem hatten sie sich zuletzt 2013 verbrannt, als Geflüchtete bei der Ankunft des Protestmarsches in München das DGB-Haus besetzten. Erst als sich die Protestierenden vom Sendlinger Tor im Bündnis gegen das Bayerische Integrationsgesetz engagierten, regte sich gewerkschaftliche Solidarität. Allerdings nur, solange der Protest das Integrationsgesetz thematisierte. Beim Hungerstreik lag der Fokus aber wieder ausschließlich auf der Forderung nach Bleiberecht, wodurch die neu gewonnenen Bündnispartner und Bündnispartnerinnen aus Ver.di und DGB erneut dem Sendlinger Tor fern blieben.

## Im Mainstream galt „Refugees Welcome“ noch nie für alle

Am Anfang gab es kaum Berichterstattung. Zu wenig Sensation lag in der schlichten Platzbesetzung. Polizeigewalt wie bei den Protestmärschen 2013 blieb in diesem Jahr aus. Und hungergestreikt wurde ja schon zuvor. Und auch die Forderung nach Bleiberecht war nichts Neues in der Logik der Mainstream-Medien. Egal wie scharf und tiefgründig die Analysen der Non-Citizens,

wenig davon fand Platz in den Medien. Bei den Pressekonferenzen lauerten die Journalisten und Journalistinnen erst auf den Beginn des Hungerstreiks, dann auf die Verkündung des Durststreiks. Schließlich

auf die Räumung. Währenddessen wurde rechten Meinungen ausreichend Raum geboten. Sei es durch das Veröffentlichen von Leser- und Leserinnenbriefen im Münchner Merkur (02.11.2016) oder den Kommentar in der Süddeutschen Zeitung, der Protest sei „aus der Zeit gefallen“ (14.09.2016).

Die „besorgten Bürger und Bürgerinnen“, die so als Leser und Leserinnen behalten werden sollten, kamen täglich vorbei, um zu pöbeln und zu hetzen. Der neue Wind des Kaltlandes mit AfD, PEGIDA & Co wehte dem Infotisch des Protestes eisig entgegen. Die rassistischen Anfeindungen im Netz reichten sogar bis hin zu Morddrohungen. Die gesellschaftliche Kälte zeigte sich durch das allgemeine Desinteresse. Während es 2014 beim Hungerstreik am Sendlinger Tor noch eine Flut von Sachspenden gab, war der Protest dieses Mal bis zuletzt unterversorgt mit Schlafsäcken und Isomatten. Doch am Rindermarkt hatte es neben der großen Spendenbereitschaft auch schon den sich täglich einfindenden Vormittags-Rentner- und Rentnerinnenpöbelmob gegeben, lange vor PEGIDA und AfD.

Passivität der Linken und die paternalistische Ablehnung des Hungerstreiks

Gleichzeitig mobilisierten Aktionen der NPD, des „Dritten Weg“ oder von PEGIDA auch die antifaschistische Linke zum Sendlinger Tor. In einem offenen Brief schrieben die Protestierenden: „Die bisherige Erfahrung von uns ist, dass die rassistischen Kundgebungen mehr antifaschistische Aktivist\*innen mobilisierten als unser Protest.“ Bis auf ein paar Gruppen waren linke Bündnisse und Organisationen wenig präsent.

Warum diese Zurückhaltung? Sind alle so sehr mit dem gesellschaftlichen Rechtsruck beschäftigt, dass die Betroffenen von Rassismus und rechter Hetze übersehen werden?

Hinsichtlich des Hungerstreikes ist klar: Egal ob für bürgerliche antirassistische Bündnisse oder die linksradikale Szene, für viele scheidet die Solidarität zuletzt dann doch an der Protestform. Zu radikal ist eine Aktion, wenn dabei Menschen sterben können. Der Hungerstreik ist ein politisches Werkzeug all derer, die von vielen anderen politischen Mitteln abgeschnit-

ten sind. In den letzten Jahren haben Non-Citizens immer wieder Hungerstreiks organisiert, als Antwort auf das erzwungene Leben in Lagern, die ständige Angst vor Abschiebung und dem rassistischen Ausschluss aus der Gesellschaft, der seine hässlichste Fratze im deutschen Mob auf der Straße zeigt. Im politischen Mittel des Hungerstreiks zeigt sich diese Gewalt, die im Leben von Geflüchteten allgegenwärtig ist. Non-Citizens sind eingesperrt und von der Gesellschaft ausgeschlossen, während sie psychisch getötet werden.

„Der Zynismus in Deutschland hat schon längst eine solch barbarische Form erreicht: Die Geflüchteten sehen sich gezwungen, die Gesellschaft mit Hungerstreiks auf diese Umstände aufmerksam zu machen.“ Den Hungerstreik als politische Protestform abzulehnen, erfolgt aus der privilegierten Position von Menschen, die nicht für ihr eigenes Leben kämpfen, sondern für abstrakte politische Ziele. Diese paternalistische Ablehnung verkennt die Realität in den Lagern und Abschiebegefängnissen, die Realität in den Herkunftsländern der Geflüchteten.

Let's get loud!  
Aufruf zur gesellschaftlichen Solidarität

Gegen diese Zustände haben in diesem Jahr nicht nur Geflüchtete am Sendlinger-Tor-Platz öffentlich protestiert, sondern auch Non-Citizens in Bergen lehnten sich gegen ihre Umverteilung auf. Andere stiegen in Vilshofen auf einen Wasserturm und wurden

unterkühlt mit einem Hubschrauber ins Krankenhaus geflogen. Über einen Monat lang kampierten Geflüchtete vor der Bayernkaserne in München. Im Abschiebelager Ingolstadt wehren sich fast täglich Menschen gegen die dortigen Bedingungen. Diese Proteste, wie auch ihr ganz alltäglicher, oft unsichtbarer Widerstand, dürfen nicht ignoriert werden.

*„Ich will der Gesellschaft sagen: Wenn die Gesellschaft zu den Geflüchteten kommt und mit uns zusammen gemeinsam steht, dann können die Dinge nicht in einem Tag geändert werden. Ich denke, dass die Umstände dann in einer Stunde geändert werden können.“*

## **Der neue Wind des Kaltlandes mit AfD, PEGIDA & Co wehte dem Infotisch des Protestes eisig entgegen**

Das Statement von „Refugee Struggle for Freedom“ zeigt, dass es auch an „uns“ ist, den gesellschaftlichen Status Quo zu ändern. Dazu braucht es einen gemeinsamen Kampf – von Menschen, die vom Asylsystem betroffen sind, und Menschen die als Einzelpersonen, in Helferkreisen, als Unterstützende, in politischen Gruppen oder in Gewerkschaften organisiert sind.

*„Wir rufen dazu auf, sich mit uns und gegen Rassismus auszusprechen. Anzuerkennen, wie menschenverachtend die bestehenden Gesetze sind und wie sehr sie uns von der Gesellschaft isolieren, uns kaputt machen und unsere Leben einschränken! (...) Organisiert euch und steht auf gegen diese Gesetze. Positioniert euch! Werdet laut!“<*

*1 Alle Zitate aus den Statements und Texten der Protestierenden sind [refugeestruggle.org](http://refugeestruggle.org) entnommen.*

*2 Der Begriff Non-Citizen/Nicht-Bürger\*in wurde von Aktivistinnen und Aktivisten während der selbstorganisierten Proteste*

*2013 als Selbstbezeichnung gewählt, um paternalistische und stigmatisierende Fremdbezeichnungen wie „Flüchtling“ oder „Asylsuchende“ von sich zu weisen.*

*3 Unterstützungskommando (USK): kasernierte Sondereinsatzkräfte der Bayerischen Polizei, die*

*beispielsweise bei Demonstrationen und Fußballspielen eingesetzt werden.*